

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1991 bis 1999 Band 6

## Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland

**Band 6/111: 30.06.1995 – 30.11.1995**

### **Juni 1995**

**BRD:** Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1995 berichtet im Juni 1995 über das Buch "Die gegängelte Nation. Die Folgen der bedingungslosen Kapitulation" des deutschen Historikers Richard Grill (x853/...): >>... Eine Folge der bedingungslosen Kapitulation

#### **Die Deutschen und die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" nach dem Krieg**

Gleichsam im Vorgriff auf die 50jährige Rückerinnerung an die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 beschäftigte sich ein jüngst erschienenes Buch mit den Folgen dieses bislang unerhörten Kriegsendes in der europäischen Geschichte.

Sein Verfasser, Richard Grill, bringt als promovierter Historiker und Zeitzeuge das wissenschaftliche Rüstzeug und den erforderlichen Erfahrungsschatz mit, um kompetente Aussagen über die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" zu machen. Beruflich im Bildungsbe-  
reich tätig, hatte er es vorwiegend mit jener Kriegsfolge zu tun, die als sogenannte "Reeducation" die Deutschen von der nationalsozialistischen Ideologie weg- und zur Demokratie hinerziehen sollte, und die als "Umerziehung" zum Schlagwort geworden ist.

Einer der geistigen Väter des westalliierten "Umerziehungsprogramms" war Roosevelts lang-  
jähriger Finanzminister Henry Morgenthau. Ihm und seinem Gesinnungsfreund Dexter-White  
ging es dabei um die schlußendliche Beseitigung der "deutschen Gefahr" für die Menschen  
und den Frieden in der Welt. Während die Entindustrialisierung Deutschlands die wirtschafts-  
und militärpolitische Macht des Reiches ein für alle Mal brechen sollte, hatte die "Umerzie-  
hung" die geistig-psychologische "Abrüstung" der Deutschen zu besorgen. Richard Grill faßt  
den Vorgang unter die Überschrift "Entmachtung und Entmündigung der Deutschen" und be-  
legt seine Feststellungen mit einer Fülle von Beispielen.

Zu ihnen gehört die widerspruchslose Übernahme der Siegerverdikte über das deutsche Volk  
und seine Geschichte sowie die Annahme aller Verantwortlichkeiten für den Zweiten Welt-  
krieg und seine Opfer. Exemplarisch dafür ist in seinen Augen das "Stuttgarter Schuldbe-  
kenntnis" der evangelischen Kirche vom Herbst 1945, von welchem die nachfolgende "Ver-  
gangenheitsbewältigung" wesentlich beeinflußt worden ist. ...

Angesichts der neuerlich aus Prag zu hörenden Forderung nach Schuldbekennnissen der Su-  
detendeutschen nimmt sich auch höchst aktuell aus, was Grill über "Die Vertreibung - eine  
gerechte Sache?" ausführt.

Danach hat sich die von den Siegern und den Vertreiberstaaten in Umlauf gesetzte Version,  
daß die Volks- und Sudetendeutschen in Polen und in der Tschechoslowakei als "Fünfte Ko-  
lonne Hitlers" ihr bisheriges Heimatrecht selbst verwirkt hätten, immer mehr ausbreiten und  
die Vertriebenen schließlich zu Alleinschuldigen am erlittenen Schicksal erklären lassen kön-  
nen. Eine Verkehrung von Tätern und Opfern, welche die Landsmannschaften bei der öffent-  
lichen Kommentierung ihrer Forderungen nach Heimat- und Eigentumsrecht hierzulande zu-

nehmend schmerzlicher zu spüren bekommen.

Auf die noch rund drei Millionen überlebenden Ost- und Sudetendeutschen in der Bundesrepublik scheint weitgehend das zuzutreffen, was der Verfasser "Selbthaß und Fremdenliebe" als "Made in Germany" bezeichnet.

Wie anders sind die oft feindseligen Zurechtweisungen an die Adresse der "Vertriebenen-Funktionäre" seitens bestimmter Politiker und Publizisten zu verstehen? Richard Grill scheint den Finger in die Wunde zu legen, wenn er diese verbreitet praktizierte Selbstentäußerung der Deutschen als eine verinnerlichte Gängelung mit Zeitzündereffekt begreift und vor weiteren beflissenen Selbstbezeichnungen warnt, da diese sonst in nationale Selbstaufgabe oder irrationale "Selbstbefreiung" enden und ein neues Kapitel "deutscher Erhebung" einleiten könnten.

Was den Verfasser letztlich umtreibt, beschreibt er am Schluß seines Buches so: "Die mentale Schwäche des deutschen Volkes durch den aufgedrückten und am Leben erhaltenen Scham- und Schuldkomplex sichert einen überbordenden Einfluß und sorgt dafür, daß die Einigkeit durch Verwirrung und Zerrüttung, das Recht durch Unsicherheit und Hintansetzung und die Freiheit durch Gängelung und Selbstkasteiung beeinträchtigt werden", um in Anlehnung an das "Deutschlandlied" zu fordern:

"Das Lied der Deutschen mahnt die Jüngeren, die in die Entscheidung hineinwachsen, die Einigkeit in Recht und Freiheit zu wahren, ihr Recht in Freiheit und Einigkeit in Anspruch zu nehmen und die Freiheit für die Einigkeit im Recht einzufordern" und abschließend festzustellen:

"Sie können dies nur, wenn sie das Netz ungerechtfertigter Kollektivbindung abstreifen, das vor 50 Jahren über ihre Vorfahren geworfen wurde, und aus dem Nebel und Dunst heraustreten, in die man ihren Gang durch die Geschichte als den eines Sonderwegs gebannt hatte."

...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 berichtet im Juni 1995 (x853/...):

>>Die britische Zeitung "Sunday Correspondent"; 16.9.1989 (zitiert in FAZ, 17.9.89):

"Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und für uns selbst sein mag ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.

Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können".<<

**03.07.1995**

**Polen:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Juli 1995: >>**Polen: Deutschland ist strategischer Partner**

Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski erwartet von Deutschland weitere Unterstützung für den Weg seines Landes in das vereinte Europa. Polen sehe in Deutschland einen wichtigen strategischen Partner in allen Bereichen sagte Bartoszewski am Sonntag im Deutschlandfunk mit Blick auf den Besuch Kanzler Helmut Kohls in dieser Woche.

Er verwies darauf, daß Polen sich seit Jahrhunderten am Westen ausgerichtet habe. "Es gibt eine tief verwurzelte Sehnsucht nach Westeuropa", sagte der Minister.<<

**17.07.1995**

**Frankreich:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Juli 1995: >>**Frankreich mit schuld an Juden-Deportation**

Die Mitverantwortung seines Landes bei der Deportation Tausender von Juden durch die

Deutschen im Zweiten Weltkrieg hat Frankreichs Präsident Jacques Chirac erstmals öffentlich anerkannt.

Bei einer Gedenkfeier zur Erinnerung an die Razzien vom 16. bis 18. Juli 1942, bei denen auf Anordnung des Hitler ergebene Vichy-Regimes 13.152 französische Juden in die Gaskammern der Todeslager deportiert wurden, sagte er: "Diese dunklen Stunden besudeln auf ewig unsere Geschichte und sind eine Beleidigung für unsere Vergangenheit und unsere Traditionen." ...<<

### **Juli 1995**

**BRD:** Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1995 berichtet im Juli 1995 über das Buch "Kollektivschuld und Vertreibung" des deutschen Moraltheologen Franz Scholz (1909-1998) (x853/...): >>**Kollektivschuld und Vertreibung**

... Mit dem Abschluß seiner erschütternden Trilogie "Görlitzer Tagebuch", "Zwischen Staatsräson und Evangelium" legt der emeritierte Moraltheologe Franz Scholz als einer der profiliertesten Zeitzeugen "Kritische Bemerkungen" zu "Kollektivschuld und Vertreibung" vor. Er ist in mehrfacher Hinsicht für dieses Buch prädestiniert: Einmal erlebte er als Görlitzer Gemeindepfarrer bis 1945, sodann als Caritasdirektor und Flüchtlingsseelsorger für die deutschen Ostvertriebenen hautnah die zahllosen Vertreibungsverbrechen. ...

Schließlich ist es Professor Scholz als ausgewiesener Wissenschaftler gelungen, die Bestimmungen des Völkerrechts wie auch des Kirchenrechts auch für juristische Laien verständlich darzulegen und zu interpretieren. Scholz vergleicht das Verhalten der spanischen Konquistadoren in Lateinamerika mit der Haltung der Sieger von 1945 und kommt zum Ergebnis, daß letztere sich derselben verbrecherischen Machenschaften bedienten wie einst die Spanier.

Thukydides, der Vater der politischen Geschichtswissenschaft, schrieb im "Peloponnesischen Krieg":

"Nach unserer Überzeugung lassen sich die großen Feindschaften auf die Dauer nicht dadurch beilegen, daß man den Gegner zur Annahme eines unbilligen Friedens zwingt, sondern weit eher dadurch, daß man ihn womöglich noch durch Edelmut besiegt und ihm günstigere Bedingungen gewährt, als er selber erwartet." (4, 19).

- Leider hielten sich die Sieger vor 1945 nicht an diesen für eine gerechte Friedensordnung zukunftsweisenden Rat, sondern überboten die unsinnige Rachejustiz von Versailles durch noch weit ungerechtere Bedingungen als 1919.

Scholz erinnert daran, daß die alliierten Staatsmänner Hitler einst über Gebühr hofierten und ihm Zugeständnisse machten, die sie seinen demokratischen Vorgängern aus politischer Verblendung verweigerten. Hierdurch und die wahrheitswidrig erzwungene Anerkennung Deutschlands als Alleinschuldiger am 1. Weltkrieg trieben sie große Volksmassen Hitler in die Arme, der ihnen nicht nur Arbeit und Brot versprach, sondern auch verhiß, die "Ketten von Versailles" zu zerbrechen.

Scholz geht energisch und mit überzeugenden Argumenten gegen die unsinnige These von der deutschen Kollektivschuld vor, die Deutschland für ewige Zeiten zum Paria unter den Völkern brandmarken sollte. Man erinnere sich der maßlosen Wutausbrüche des ehemaligen Ministerpräsidenten Menachem Begin, eines einst von den Briten steckbrieflich gesuchten Terroristen, der alle Deutschen als Mörder bezeichnete, selbst solche, die gegen Hitler im Widerstand standen wie Bundeskanzler Adenauer.

Immerhin suchen auch nicht wenige Deutsche, wie etwa Jürgen Habermas, den Deutschen eine Kollektivschuld aufzuschwätzen. Gegen solchen Widersinn wandte sich bereits der Prophet Ezechiel: "Nur wer da sündigt, soll persönlich sterben." (18, 4) Sterben bedeutet hier: Bestraftwerden für persönliche Schuld.

Sogar das Internationale Militärtribunal von Nürnberg lehnte es ab, auf der Basis der Kollektivschuld Recht zu sprechen. Konsequenterweise sprach es mehrere Angeklagte frei. Dagegen

erklärte der ehemalige polnische Außenminister Skubiszewski, als Ergebnis der Kapitulation seien die besiegten Deutschen ohne alle Rechte gewesen. - Da waren sogar die Nazis gegenüber den besiegten Ländern noch außergewöhnlich human. Man denke nur an Vichy-Frankreich.

Die Deutschen waren 1945 - ähnlich den von Kolumbus entdeckten Indios - der Willkür und Grausamkeit der Sieger wehrlos ausgeliefert. Erstere waren rechtlos, weil sie noch nicht getauft waren, letztere, weil sie Deutsche waren. Die ungesühnten Verbrechen gegenüber den besiegten Deutschen setzen sich mit derselben "Berechtigung" im ehemaligen Jugoslawien fort.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik verstand im Artikel 23 Deutschland in den Grenzen von 1937. Den "Enkeln" Adenauers seien die Worte ihres "Großvaters" in Erinnerung gerufen, der am 20.9.49 erklärte:

"Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden. ... (sie) widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat."

Und der Alterspräsident des Bundestages Paul Löbe von der SPD sagte am 13.6.50:

"Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichts zu betreiben."

Nur 3 Monate später erklärte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Herbert Wehner: "Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen, Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit."

Am 20.10.53 bekräftigte Bundeskanzler Adenauer, daß "das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neiße-Grenze niemals anerkennen (wird)."

Haben die "Enkel" dies schon alles vergessen?

Und wenn binnen knapp 40 Jahren ein so radikaler Gesinnungswandel möglich ist, wie wir ihn bei den verantwortlichen Politikern hinsichtlich der östlichen "Friedensgrenze" erleben, warum sollte dann nicht in absehbarer Zeit eine erneute Schwenkung vorgenommen werden, zumal wenn sie begründete Aussicht auf einen stabilen Frieden in Europa verspricht?

- Im Aufruf der SPD zum Schlesiertreffen am 20.10.53 hieß es: "Breslau - Oppeln - Gleiwitz - Hirschberg - Glogau - Grünberg: das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen. ... Verzicht ist Verrat, wer sollte das bestreiten?"

Am 22.3.64 sagte Herbert Wehner zutreffend: "Was aber gewönne die Welt, wenn die Deutschen sich dazu überreden oder übertölpeln ließen, zu heucheln und anzugeben, daß geraubtes, vorenthaltenes oder mißhandeltes Recht nicht mehr sogenannten werden soll? ... Sie gewönne vielleicht oder höchstens eine zeitweilige Betäubung, aber sie wäre damit Opfer einer Täuschung."

Auf demselben Kongreß sagte Bundeskanzler Erhard, was unbestreitbar heute genauso gültig ist wie damals:

"Wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer Brüder und Schwestern sind ... Das Recht kann nicht nur für eine bestimmte Gruppe von Völkern gelten, es muß für alle gelten. Die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat hat keine neuen Rechtsrealitäten geschaffen. Aus Unrecht kann niemals Recht werden."

Das Genfer Abkommen vom 12.8.1949 bestimmt unmißverständlich:

"Zwangswise Einzel- oder Massenaussiedlung sowie Deportation sind ohne Rücksicht auf den Beweggrund untersagt. Die evakuierte Bevölkerung ist unmittelbar, nachdem die Feindse-

lichkeiten innerhalb des fraglichen Gebietes ihr Ende gefunden haben, zu ihren Heimatstätten zurückzuführen. Die Besatzungsmacht darf Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung nicht in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln."

Die zynische Mißachtung dieses Genfer Abkommens nach dem Krieg ermuntert heute die Serben, nach dem Beispiel der Siegermächte des Weltkrieges mit nicht minder verbrecherischen Methoden "ethnische Säuberungen" vorzunehmen. Hier bewahrheitet sich das Wort Friedrichs v. Schiller: "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären."

- Der einstimmige Beschluß des Weltsicherheitsrates vom 22.11.67: "Niemand kann durch Krieg Gebiete erwerben. Der Eroberer muß die besetzten Gebiete räumen, und die vertriebene Bevölkerung hat ein Recht auf Rückkehr" wurde hinsichtlich der Deutschen mit Füßen getreten. Die Nazis prägten einst das Wort: "Recht ist, was dem deutschen Volke nützt."

Feiert ihr Geist bei den Völkern nicht fröhliche Urständ, wenn es gegen die Deutschen geht? Immerhin erhielten diese das "Privileg", zum Zahlmeister Europas und der UNO zu avancieren.

Niemand dürfte bestreiten können, was Franz Scholz auf S. 191 schreibt:

"Die meisten der in der deutschen Heimat unangefochten Verbliebenen vermögen nicht zu erahnen, was Heimatvertriebene seelisch durchzustehen hatten, als die Mehrheit des Bundestages 1990 Ostdeutschland endgültig preisgab. Was das menschlich-konkret bedeutet, zeigt das unmenschliche Vorgehen Serbiens in Bosnien. Aber Serbien folgt nur dem lockenden Beispiel der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die soeben Deutschland veranlaßt haben, die Vertreibung von acht Millionen Ostdeutschen jenseits von Oder und Neiße "völkerrechtlich" durch die "Bestätigung der Grenze" hinzunehmen."

Bischof Nossol von Opatowitz sagte in seinem Fastenhirtenbrief 1991: "Die Zwangsumsiedlung der einen wie der anderen dürfen Christen nicht mit der lapidaren Feststellung quittieren, daß auf diese Weise der geschichtlichen Wahrheit Genüge getan würde."

- Wenn Bundeskanzler Kohl dagegen 1990 erklärte: "Was zwischen Deutschen und Franzosen möglich war, kann und muß auch endlich zwischen Deutschen und Polen möglich sein", offenbart er ein für einen studierten Historiker merkwürdiges Verständnis historisch völlig unvergleichbarer Tatbestände.

Frankreich hat nicht nur keine Deutschen vertrieben, sondern ist auch nicht für den Mord an hunderttausenden unschuldigen deutschen Männern, Frauen und Kindern verantwortlich. Durch die Zustimmung zur Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland hat es die Prinzipien beachtet, auf die es sich gemäß den Statuten der UNO verpflichtete. Dagegen ist Polen nicht nur hauptverantwortlich für die Vertreibung von Millionen Deutschen mit all den Massenverbrechen, sondern weigert sich nach wie vor hartnäckig, diese Verbrechen, die schwerste Verstöße gegen das Völkerrecht darstellen, als solche anzuerkennen.

Zahllose Polen haben genau das getan, wofür mehrere Angeklagte in Nürnberg zum Tode verurteilt und durch den Strang hingerichtet wurden.

"Ob Grenzen in Zweifel gezogen werden dürfen, hängt durchaus von den Umständen ab, nämlich ob sie gerecht oder ungerecht, sinnvoll oder störend sind, ob sie Jahrhunderte hindurch friedlich durchgehalten haben oder kriegerisch von Siegern vor kurzem willkürlich festgelegt worden sind." (S. 194) "Nicht alle faktischen Grenzen sind von sich aus ethisch und völkerrechtlich unantastbar, sondern nur die in etwa gerecht gezogenen." (Seite 195) Schließlich hält das Schlußprotokoll von Helsinki 1975 eine friedliche Änderung von Grenzen für möglich.

Die "bestätigte Grenze", mittels derer Stalin ewige Feindschaft zwischen Deutschen und Polen zementieren wollte, sollte den Frieden in Europa garantieren? Ist "Väterchen Stalin", einer der größten Massenmörder der Weltgeschichte, also ein Friedensstifter? Sollte man ihn nicht postum für den Nobelpreis vorschlagen?

Bundeskanzler und Regierung schweigen sich hartnäckig darüber aus, warum ausgerechnet die Ostdeutschen ihre Heimat verlieren sollen. Sind sie vielleicht die Hauptschuldigen am Krieg und den Verbrechen der Nazis? "Der Krieg ist offensichtlich sehr verschieden verloren worden", bemerkt Professor Scholz bitter (S. 200).

- Wenn das Münchner Abkommen von 1938 "von Anfang an nichtig war", wie jetzt behauptet wird - waren England, Frankreich und Italien eigentlich Vasallen Hitlers? - dann ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum für den Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.9.90 etwas anderes gelten sollte, zumal die Hauptbetroffenen, nämlich die Bewohner Ostdeutschlands, zum großzügigen "Verzicht" auf ihre Heimat nicht einmal gehört wurden. Mit fremdem Eigentum läßt sich leicht großzügig verfahren. Vom hl. Krispin wird überliefert, daß er den Armen Schuhe gemacht und das Leder hierfür gestohlen habe.

Das deutsche Volk soll angeblich "in freier Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes seinen Willen bekundet haben" auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten. Während der damalige Außenminister Genscher behauptete, wir hätten aus freien Stücken auf 104.000 qkm uralten deutschen Lands verzichtet - ist dieses eigentlich Privateigentum des "besten Außenministers, den die Polen je hatten"? - war Bundeskanzler Kohl ehrlicher, wenn er sagte: "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen heute für jetzt unsere Chance zur deutschen Einheit."

Sämtliche "Freunde" Deutschlands, Amerikaner, Franzosen, Sowjets, Engländer, Niederländer, Dänen, Tschechen, Italiener und das Europäische Parlament forderten, die "bestehende Grenze" an Oder und Neiße unzweideutig anzuerkennen, ein in der Geschichte einmaliger Vorgang. Genauer gesagt, muß man einräumen, daß sich ein ähnlicher Vorfall bei der zweiten Teilung Polens 1793 ereignete. Rußland bestand auf einer formalen Zustimmung des Sejm, des polnischen Parlaments zu dieser Amputation. Sein Argument lautete, der Verzicht auf polnisches Land sei das unvermeidlich geringere Übel, sonst würde Rußland ganz Polen besetzen.

Da die Russen mit Druck und Bestechung arbeiteten - sind unsere politischen Erfüllungsgehilfen vielleicht auch nicht ganz leer ausgegangen? - hat der Sejm in Grodno die Hälfte des Reststaates Polen an Rußland abgetreten.

Der amerikanische Präsident Wilson sagte am 7.4.1919: "Das einzige wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt."

Gelten diese Worte nicht auch für alle "Freunde" Deutschlands, die kategorisch die Abtretung eines Viertels unseres nach dem Versailler Diktat noch verbliebenen Landes fordern?

Neben den politischen "Freunden" Deutschlands spielen polnische Bischöfe eine beschämende, ja zutiefst unchristliche Rolle. Der damalige Primas Polens, Kardinal Hlond, der am 16.9.39 wie ein Mietling seine Herde verließ, rief vom sichern Port, aus Rom, in Radio Vatikan in einer Hetzrede die polnische Bevölkerung zum Widerstand gegen die Deutschen auf, wie Bischof Carl Maria Splett von Danzig am 14. Januar 1940 an Papst Pius XII. schrieb:

Das polnische Volk solle sich um seine Lehrer und Priester scharen und gegen die Deutschen aufstehen. Daraufhin wurden unzählige Priester und Lehrer verhaftet und erschossen.

- Nach dem Krieg spielte der polnische Primas eine nicht minder erbärmliche Rolle. Mit betrügerischen Machenschaften erklärte er den rechtmäßigen deutschen Oberhirten im deutschen Osten, Kapitelsvikar Fr. Piontek, der anstelle des verstorbenen Kardinal Bertram die vorläufige Leitung des Erzbistums Breslau übernommen hatte, Bischof Kaller vom Ermland und den anderen deutschen Ordinarien, es sei der Wunsch des Hl. Vaters, daß sie von ihrem Amt zurückträten.

Doch Pius XII. hatte mit keiner Silbe eine Andeutung gemacht, die im Sinne Hlonds hätte gedeutet werden können. Dieser erhielt auch keinerlei Vollmacht, wie er wahrheitswidrig be-

hauptete, anstelle der von ihm mit Arglist verdrängten deutschen Oberhirten polnische Administratoren einzusetzen. Der Hl. Stuhl befand sich in einer schwierigen Situation. Wegen der starken Spannungen, die zwischen der Kirche und der kommunistischen Regierung herrschten, konnte er den Primas nicht öffentlich desavouieren. Aber im halbamtlichen Päpstlichen Jahrbuch nahm der Vatikan bis 1958 von den widerrechtlich errichteten "Neuordnungen" keinerlei Notiz.

Führende polnische Bischöfe setzten sich immer wieder über Recht und Gerechtigkeit hinweg, indem sie bei verschiedenen Gelegenheiten den Landraub als Werk der göttlichen Vorsehung und Gerechtigkeit priesen. Hiergegen heben (sich) wohltuend die Worte Papst Pius' XII. in seinem Hirtenwort vom 1.3.1948 ab:

"Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat. War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag zwölf Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verelendung preiszugeben? Sind die Opfer jenes Gegenschlags nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? ... Ist es wirklichkeitsfremd, wenn Wir wünschen und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehen rückgängig machen, soweit es sich rückgängig machen läßt?"

Daß es nach Überwindung des Hasses zu einer für alle Beteiligten gerechten friedensfördernden Lösung kommen möge, ist entscheidendes Anliegen des Buches von Franz Scholz, das nicht nur unsere Politiker, sondern alle, die ein in Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden vereintes Europa ersehnen, gründlich studieren sollten.<<

Der deutsche Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtet später über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/244-249,254-256): >>... Die Kollektivschuld (ist) das Negativ des kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls. Ist sie wie im Nachkriegsdeutschland, zum Bestandteil des nationalen Selbstkonzepts geworden, so kann man analog zu den individuellen psychischen Prozessen von einem kollektiven malignen Introjekt sprechen.

Diese autodestruktive Introjekt, also die kollektive Vorstellung der Wertlosigkeit, Gefährlichkeit usw. der Wertepinzipien der solchermaßen beschädigten nationalen Gemeinschaft, erzeugt und fördert eine masochistische Moral. Ihre Modalitäten sind unaufhörliche Schuldbekennnisse und Bußrituale, die nationale Selbsterniedrigung und die Bereitschaft zu unbegrenzten Wiedergutmachungsangeboten. Eine derartige kollektive Moralpathologie besitzt große Dauerhaftigkeit, weil sie mit vielfachen Belohnungen verknüpft ist: die moralische Haltung verschafft deren Vertretern ein großes moralisches Überlegenheitsgefühl ...

Sie bringt zu ihrer Erhaltung das Opfer materieller Ausbeutbarkeit und genießt deshalb große Anerkennung von seiten der Ausbeuter, und weil sich die Aggression gegen das eigene Kollektiv wendet, viel Lob wegen dessen Harmlosigkeit von seiten potentieller oder ehemaliger Gegner ...

Die Übernahme der Kollektivschuldthese als zentrales Konzept einer Sozialpathologie, deren dominierendes Kennzeichen eine kollektive masochistische Moral ist, stellt einen komplexen Komplex dar, dessen Voraussetzung die Zerstörung der kollektiven Schutzmechanismen (Verleugnung und Idealisierung von Nationalbewußtsein und –stolz) ist.

Die kollektive masochistische Moral (wir sind ein gefährliches, für Diktatur anfälliges barbarisches Volk, daß vor sich selbst geschützt werden muß und hierfür das Nationale abstreift) stellt einen Abwehrmechanismus dar, der den Siegermächten die beruhigende Außenseite der Selbstdestruktion einschließlich unbegrenzter materieller Opfer anbietet und dahinter eine grandiose Moralposition entwickelt, deren Arroganz durch die demutsvolle Seite verborgen wird und die durch Kollektivschuld und masochistische Moral als Negativ des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls dieses verbirgt. ...

Vertreter masochistischer Moral feiern begeistert alle Beleidigungen und Verletzungen der Wertegemeinschaft, in der diese masochistische Moral dominiert, scheinbar ohne Kritik und Gegenwehr; die Beleidiger werden als mutige Helden gefeiert, weil sie die flagellantischen (geißlerischen) Bedürfnisse der masochistischen Moralgemeinschaft am besten bedienen. Diese feiert ihre grenzenlose Friedfertigkeit und entwickelt in deren Schutz ein totalitäres Regime, deren Mechanik schon Freund beschrieben hat.

Das als äußere Realität vernichtete totalitäre System entsteht in neuem Gewande wieder, weil die Bekämpfung des Bösen dieses nicht vernichtet, sondern ihm ein geheimes Überleben in Gestalt negativer identifikatorischer Prozesse anbietet, wie im Kampf der 68er Generation gegen die Naziväter mit der "Militanz" das heißt der terroristischen Aktivität ihrer Wort- und Handlungsführer.

Masochismus, dominierender Bestandteil nationaler Erlebnisstruktur Nachkriegsdeutschlands, und Sadismus sind aber Geschwister, und wo Masochismus verborgen in seinen honorigen Verkleidungen wie Antinationalismus, politische Korrektheit, Antifaschismus usw., blüht, ist sein sadistisches Pendant nicht weit: in Gestalt eines totalitären öffentlichen, in unseren Medien weitverbreiteten Meinungsterrors, exekutiert zum Beispiel an Nolte, Jenninger, Heitmann, Annemarie Schimmel, Walser, mit dem ein großer Teil des Wahrheitsspektrums unterdrückt wird. ...

... Die Geschichtsindoktrination durch die Sieger und das Verstummen der Kriegsgeneration der Enttäuschten, Gefoppten, Geschlagenen, Diffamierten, die mit einer Minderheit von Verbrechern konfundiert wurde (siehe die Reemtsma-Ausstellung, in der eine ganze Generation als Bestandteil einer Verbrecherorganisation dargestellt wird), haben die im Wohlstand aufgewachsenen Söhne der Kriegsgeneration ihren Eltern entfremdet, ihnen ein verzerrtes Geschichtsbild, gleichzeitig aber das Hochgefühl der beschriebenen masochistischen Moral vermittelt, das sie so resistent gegen Wahrnehmungskorrekturen macht.

Diese unter komfortablen Bedingungen lebende Nachkriegsgeneration verstand die Lebensbedingungen ihrer Eltern nicht und wurde an deren Verständnis auch durch das die Vergangenheit entwertende Geschichtsbild (die Reduktion der Geschichte auf Hitler und Auschwitz) verhindert. So blieb der Kriegsgeneration, welcher der Mut zur Gegenwehr abhanden gekommen war, in dem verkürzten Verständnis der Nachkommen nur die Alternative, als Verbrecher oder politische Dummköpfe zu erscheinen.

Diese Nachfolgegeneration entwickelte einen unlimitierten Hochmut gegenüber der Elterngeneration und verlor darüber jegliches differenzierende Geschichtsverständnis zugunsten der die Kollektivschuld stützenden masochistischen Moral. Weil diese differenzierte Betrachtungen ersetzen und die belohnungsträchtige masochistische Moral stützen mußte, wurden und werden bis heute widerstrebende Betrachtungsweisen von der Mehrzahl der publizierenden Öffentlichkeit bekämpft. Die Generation der 68er kann deshalb vorläufig die Lebenslüge eines verzerrten Menschen- und Weltbilds aufrechterhalten und verteidigen, obwohl es so unabweisbar gescheitert ist.

Weite Felder der Wahrheit gelten deshalb als obszön und werden auch in totalen Systemen unterdrückt. Die Mechanismen dieser Unterdrückung sind einfach; die herrschende Ideologie und ihre masochistische Moral, Wächterin der Kollektivschuld, bedrohenden Inhalte müssen lediglich mit Vokabeln wie rechtsradikal, populistisch (ein Synonym für die Kundgabe kollektiv unterdrückter Wahrheiten) belegt werden. ...

Die inneren Bedingungen der inzwischen staatstragenden 68er Generation sind ihr zu großen Teilen gemeinsam. Sie haben eine wichtige Bedeutung für das Verständnis der beschriebenen Mechanismen. Gemeinsam ist ihr die schwere Störung der Identifizierung mit der Vatergeneration: viele waren vaterlos aufgewachsen, weil ihre Väter im Krieg gefallen oder in der Gefangenschaft verhungert waren; konnten sich aber wegen der totalen materiellen und morali-

schen Niederlage des Staatsgebildes, für das die Väter ihr Leben geopfert hatten, nicht mit ihnen als Helden identifizieren, wie das sonst in und nach Kriegen üblich ist und auch Waisenkindern noch zu einer für die Persönlichkeitsentwicklung wichtigen positiven Identifikation mit den toten Vätern verhilft.

Diejenigen, welche das Glück hatten, ihren Vätern nach dem Krieg wieder zu begegnen, erlebten Beschädigte, Gede mü tigte, Beschämte und deshalb Verstummte, deren einzige Chance, die Selbstachtung wiederzugewinnen, war, das zerstörte Land und die eigene Existenz wiederaufzubauen. Dies aber entfernte sie eher weiter von ihren Kindern, welche zwar die wiederkehrende Wohlhabenheit selbstverständlich genossen, aber den Vätern die Schwierigkeit, sich mit ihnen positiv zu identifizieren, nicht verziehen, vielmehr sie unter dem Einfluß der Geschichtsschreibung der Sieger, die ihre Wahrnehmungsmatrix wurde, zu hassen und zu verachten begannen.

Statt dessen suchten sie sich andere, starke Väter, die, in Antithese zu ihrer Vatergeneration, welche mit einer "rechten" Politik gescheitert waren, "links" sein mußten, und so vielen sie dem Sozialismus, genauer dem Stalinismus und dem Maoismus, also ebenfalls totalitären Strukturen zum Opfer, die sie mit Hilfe von Verleugnung und Verkehrung ins Gegenteil sowie mit der Idealisierung, die sie ihren eigenen Vätern versagen mußten, verklärten. ...<<

>>... Untersucht man das verbreitetste psychoanalytische Fachblatt, so findet sich dort zwar ein respektable r Anteil von über zehn Prozent historisch-politisch-soziologischen Themen, aber sie beschränken sich auf die nationalsozialistische Vergangenheit, auf Holocaust und Rechtsradikalismus. Die gesellschaftliche Realität kommt (darüber hinaus) nicht vor.

Natürlich ist auch die wissenschaftliche Betrachtung der Kollektivschuld wegen mangelnder kritischer Distanz kein Gegenstand. Dabei ist deren Ursache, Einbettung und Verflechtung in einem komplexen historischen Kontext gerade im Zusammenhang unbewußter kollektiver Prozesse ein unentbehrlicher Bestandteil des Verständnisses deutscher Nachkriegsmentalität und ihrer konkreten geschichtlichen Folgen.

Betrachtet man nämlich die Situation am Ende des Zweiten Weltkrieges, so waren die physische Bedrohung (mehrere Millionen starben an Hungerfolgen, nicht zuletzt, weil die Alliierten anfangs die vorhandenen Nahrungsmittel der Bevölkerung vorenthielten) und der drohende Identitätsverlust mit Niederlage, Entwertung und Demütigung eine bedrohliche Situation, die massive Abwehr provozieren mußte.

Die kollektiven psychosozialen Sofortmaßnahmen waren, psychoanalytisch gesprochen, manische Abwehr und aus deren materiellen Folge der legendäre Wiederaufbau sowie Verleugnung der traumatischen Vergangenheit und Gegenwart, beides die Alternativen zu einer kollektiven Depression, wie sie erst später schleichend, verschleiert, als Generativitätsverweigerung zutage trat.

Das Kollektivschuldintroyekt bot in der prekären Nachkriegssituation die Chance einer pathologischen Identität auf sadomasochistischem Niveau. Wie auch jede individuelle Psychopathologie stiftete sie einen "Leidensgewinn", genauer eine Reihe wichtiger Vorteile: sie schützte vor kollektiver Depression und Verzweiflung, sie bot den Schutz der Identifikation mit dem Aggressor, das heißt mit den Siegermächten, welche diese Form der Unterwürfigkeit mit Wohlwollen und, soweit es sich um die USA handelte, auch mit materiellen Zuwendungen belohnten. Die kollektive Selbstbeschuldigung war ein wichtiges, vielleicht das einzige Mittel, von den Alliierten, denen gegenüber völlige Abhängigkeit bestand und besteht, akzeptiert zu werden.

Die Kollektivschuld und ihr kollektives intrapsychisches Täterorgan, die masochistische Moral, boten mittels der Anwehrmechanismen der Verkehrung ins Gegenteil und der Reaktionsbildung die Chance, eine Haltung der absoluten Friedlichkeit zu entwickeln. Die masochistische Moral lieferte auch mit dem in der Niederlage verlorengegangenen Überlegenheitsgefühl

eine Immunität gegenüber Anklagen, Entwertungen und Beschuldigungen: hierin ist die masochistische Moral allemal schneller, unüberholbar und deshalb unverletzbar.

Kollektivschuld und masochistische Moral wurden so auch zum Eintrittsbillet in die Völkergemeinschaft. Weil es sich aber um einen komplexen Abwehrmechanismus handelt, erfordert diese Haltung einen immerwährenden, nie nachlassenden Aufwand an Wiedergutmachung und Bußritualen, an Verleugnung, Ausbeutungsangeboten und Aggressionsunterdrückung. Sie kann leicht stimuliert werden, zum Beispiel durch den Antisemitismusvorwurf, der die repräsentative Öffentlichkeit reflexhaft in eine masochistische Unterwerfungshaltung zwingt. Insbesondere die aus schlimmer Erfahrung hellwachen Juden spüren den Abwehrcharakter der kollektiven masochistischen Moral und bleiben mißtrauisch.

Kann man die Verankerung der Kollektivschuld als eine unausweichliche pathologische kollektive Abwehrform in einer traumatischen historischen Situation verstehen, analog zu individuellen Neurosen, so müssen, ebenfalls in Analogie zu individuellen neurotischen Syndromen und damit verbundenen Ich-Einschränkungen als Tribut an die neurotische Konfliktlösung, die Kosten der Sozialpathologie Nachkriegsdeutschlands gesehen werden.

Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm ... Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und Satellitenmentalität. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die Kollektivschuld (x309/102): >>... Es gibt keine Kollektivschuld. Der Gedanke der Kollektivschuld ist, wie der britische Denker und Verleger Victor Gollancz treffend feststellte, 'ein unsinniger, unliberaler, antichristlicher, beklagenswert nazistischer Gedanke'.

Schuld ist - wie Unschuld – persönlich und nicht kollektiv. Darum kann das Prinzip einer Kollektivschuld auf die Vertreibung so wenig wie auf den Krieg angewandt werden. Auch die jahrzehntelangen Debatten um die Schuldanteile ganzer Länder am Ersten oder am Zweiten Weltkrieg gingen insofern grundlegend fehl: Sinnvoll und beantwortbar ist stets nur die Frage nach den Schuldanteilen einzelner Akteure. ...

Das Prinzip der Unschuldsvermutung gehört zu den Minima der Rechtsstaatlichkeit. Es besteht jedoch sicherlich eine kollektive Sittlichkeit, die uns alle zu humanem Umgang miteinander verpflichtet. Die Sanktionierung einer angeblichen Kollektivschuld ist dagegen 'nicht Strafe, sondern Rache', wie Václav Havel völlig zu Recht festgestellt hat.<<

**04.08.1995**

BRD: Die polnische Schriftstellerin Maria Podlasek schreibt am 4. August 1995 in der Wochenzeitung "Das Parlament" über die Vertreibung der Deutschen (x309/96): >>... Polen war nicht Subjekt der in Jalta und Potsdam gefaßten Beschlüsse über Grenzverschiebungen im Nachkriegspolen. Es wurde selbst zum Objekt, zum Opfer der Beschlüsse.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die polnische Sicht der Vertreibung (x309/96-97): >>Das Gleiche, nur mit anderen Worten, betonte der polnische Ministerpräsident Leszek Miller am 24. Juni 2002 in Bromberg.

Dieses Argument taucht auch in zahllosen anderen Veröffentlichungen auf, ist aber gleichwohl leicht zu wieder legen; denn nicht zu übersehen ist die jahrzehntelange Vorarbeit politischer Ideologen, Politiker und Diplomaten und ihr Drängen bei den Regierungen der Großmächte.

Noch vor der Potsdamer Konferenz forderte der Vordenker des polnischen Drangs nach Westen und Direktor des Posener Westinstituts, Wojciechowski, in Ostdeutschland möglichst schnell vollendete Tatsachen zu schaffen, um eine etwaige Rückgabe dieser Gebiete einen Riegel vorzuschieben. Aufgrund der hastigen Durchführung wird diese erste "wilde Vertrei-

bung" als besonders brutal geschildert. ...

Einer der wenigen, der eine ehrliche Aussage wagte, war der nationaldemokratische polnische Politiker und Publizist Jędrzej Giertych, Großvater des bis 2007 amtierenden polnischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Roman Giertych:

"Das Postulat (unbeweisbare Forderung) der Westgrenze an Oder und Neiße ist keine sowjetische Erfindung aus dem Jahre 1945, sondern ein seit langem formuliertes Postulat der polnischen Politik. Schon in der Vorkriegszeit wurde es laut von der Nationaldemokratischen Partei erhoben. ... Man muß feststellen, daß die Angliederung der Gebiete bis zur Oder und Neiße keine Polen aufgezwungene sowjetische Lösung war, sondern die Verwirklichung von altbekannten polnischen Nationalpostulaten. ..."

Ein polnisches Standardargument ist auch, daß Vertreibungsverbrechen fast nur, jedenfalls ganz überwiegend, von der Roten Armee und nicht von Polen begangen wurden. So heißt es zum Beispiel in einem für ein Strafverfahren in Schlesien bestimmten Gutachten dreier polnischer Professoren vom 30. November 2004:

"Gewalttaten und Raub wurden hauptsächlich durch sowjetische Soldaten begangen, die sämtliche materiellen Güter als Kriegsbeute und die dort angetroffenen Menschen meist als Repräsentanten des besiegten und verbrecherischen Hitlerregimes betrachteten." ...<<

**26.08.1995**

**Griechenland:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. August 1995:

>>**Kriegsopfer fordern Geld**

... Tausende Griechen, die während der dreieinhalbjährigen deutschen Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg Angehörige verloren haben oder in anderer Weise geschädigt wurden, wollen jetzt auf dem Rechtsweg Wiedergutmachungsansprüche durchsetzen. Sie wollen Deutschland vor griechischen Gerichten verklagen. Initiator ist der Präfekt der Provinz Böotien, Jannis Stamoulis. Die ersten Klagen sollen im September eingereicht werden.

"Die Deutschen sind verantwortlich für das Blutvergießen in Griechenland", sagte Stamoulis. Nach seinen Angaben wurden während des Zweiten Weltkrieges 130.000 Griechen von den deutschen Besatzern exekutiert. 300.000 Menschen erfroren oder verhungerten im Winter 1941/42. Ihre Hinterbliebenen hätten Anspruch auf Entschädigung. ...

Welche Erfolgsaussichten die Prozesse haben, ist unklar. Nach Einschätzung des Auswärtigen Bonner Amtes sind sie völkerrechtlich unhaltbar. Es geht um Ansprüche in zweistelliger Milliardenhöhe. Schon 1946 bezifferten die Siegermächte die griechischen Reparationsforderungen aus der dreieinhalbjährigen Besatzungszeit auf 7,5 Milliarden Dollar.

Bonn meint dagegen, die Zahlung von Reparationen sei 1953 auf die Zeit nach dem Abschluß eines ausstehenden Friedensvertrags zwischen Deutschland und den Alliierten vertagt worden.<<

**29.08.1995**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. August 1995: >>**Schweinställe wurden "Tor zur Freiheit"**

Vor 50 Jahren wurde das Grenzdurchgangslager Friedland errichtet

... Das Grenzdurchgangslager Friedland wurde für Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern das Tor zur Freiheit. Am 21. September feiert das Lager in Anwesenheit von Bundespräsident Roman Herzog sein 50jähriges Bestehen.

Das ausgerechnet das kleine Dörfchen Friedland im Landkreis Göttingen einmal Schauplatz erschütternder Szenen werden würde, die die ganze Welt bewegten, lag sowohl an seiner geographischen Lage als auch an der politischen Entwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In Deutschland, das inzwischen in vier Besatzungszonen aufgeteilt war, gab es gewaltige Bevölkerungsbewegungen. Viele Einwohner aus dem Ruhrgebiet waren in den letzten Kriegsmonaten vor den Bombardierungen der Alliierten gen Osten evakuiert worden oder ge-

flohen und wollten nun wieder zurück in ihre zerstörten Städte.

Aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie waren riesige Flüchtlingstrecks aufgebrochen, um sich vor den sowjetischen Truppen in Sicherheit zu bringen. Entlassene Kriegsgefangene machten sich auf den Rückweg in ihre Heimatorte. Schnittpunkt der Flüchtlingsströme wurde das Gebiet um Friedland, weil hier im südöstlichen Zipfel des späteren Bundeslandes Niedersachsen, die sowjetische, die britische und die amerikanische Zone aneinandergrenzten. ...

Vor allem der Flüchtlingsstrom von der sowjetischen in die britische Zone stellte die britischen Militärbehörden vor immer größere Probleme. Spätestens im September 1945 eskalierte die Lage. Täglich kamen mehr als 1.000 Flüchtlinge aus dem Osten im Kreis Göttingen an. Allein in der Nacht vom 5. auf den 6. September strömten 3.100 Menschen aus Thüringen in die Dörfer Rittmarshausen und Bremke. Um die Flüchtlingsbewegungen unter Kontrolle zu bekommen, ließ der britische Kreisoffizier von Göttingen, Oberstleutnant Perkins, schließlich die Viehställe beschlagnahmen.

Schon nach wenigen Tagen zeigte sich, daß sie nicht ausreichten. Die Kriegsgefangenen bauten deshalb auf einem höher gelegenen Rübenacker in der Nähe des Friedländer Bahnhofes ein größeres Flüchtlingslager aus Zelten und runden Wellblechbaracken, den sogenannten Nissenhütten. Seit 50 Jahren befindet sich das Lager Friedland auf diesem Gelände.

Anfang Oktober ordnete die britische Militärregierung an, daß jeder, der in die britische Zone einreiste, durch ein Auffang- und Durchgangslager zu gehen habe. Nur dort erhielten die Neankömmlinge den begehrten Registrierschein, der geradezu lebensnotwendig wurde. Ohne Registrierschein gab es keine neuen Papiere, und ohne Papiere gab es keine Arbeit, keine Wohnung und vor allem keine Lebensmittelkarten.

Allein in den letzten Monaten des Jahres 1945 kamen 533.000 Menschen in das Lager Friedland. ...

Der erste Nachkriegswinter war für die Flüchtlinge mit großen Entbehrungen verbunden. Viele von ihnen mußten bei Temperaturen von bis zu 30 Grad im Freien übernachten. Einige erholten sich nicht mehr von den Strapazen ihrer Flucht: 66 Menschen, darunter 10 Kinder, starben in den ersten Jahren im Lager, die meisten von ihnen an Erschöpfung, Herzschwäche oder Unterernährung.

Diese Bilder des Elends kann Franz Binder bis heute nicht vergessen, ebensowenig die fahlen Gesichter und ausgemergelten Gestalten der heimkehrenden Soldaten, die ab 1948 aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entlassen wurden. "Viele hatten gar keine Schuhe an, sondern nur Lappen um die Füße", erinnert sich Hilde Binder, die spätere Ehefrau des Lagerkochs. Sie lief damals immer auf die Straße hinaus oder hinüber ins Lager, um die Busse mit den Heimkehrern zu empfangen. Die Begrüßungsszenen auf dem Appellplatz des Lagers, wo schon viele Angehörige auf die Heimkehrer warteten, waren unbeschreiblich.

Nur die letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion kamen zunächst nicht. Erst Adenauers Moskau-Besuch im Herbst 1955 machte ihnen den Weg frei zur Heimkehr. Die Bilder vom begeisterten Empfang in der Heimat gingen damals um die ganze Welt, Friedland war endgültig das "Tor zur Freiheit".

Insgesamt sind seit 1945 rund 3,5 Millionen Menschen durch das Lager gegangen. Heute ist Friedland vor allem Erstaufnahmehaus für die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. ...<<

## **22.09.1995**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. September 1995: >>... Bundespräsident Roman Herzog hat vor Tendenzen zu einer Abschottung Deutschlands gewarnt. Auf der Feier zum 50jährigen Bestehen des Grenzdurchgangslagers Friedland bei Göttingen wandte er sich am Donnerstag gegen eine "Das Boot ist voll" - Mentalität. "Dies würde auf uns selber zurückfallen und unsere Gesellschaft menschlich und materiell ärmer machen. Die

neuen Mitbürger bringen ja Tatkraft und Optimismus mit", sagte er.

Unterdrückung und Verfolgung, Not und Armut, Krieg und Anarchie trieben die Menschen in die Flucht. Diese Ursachen gelte es zu beseitigen.

Das Lager Friedland ... werde auch in den kommenden 10 bis 15 Jahren noch gebraucht, sagte der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD). Er erinnerte daran, daß neben 3,6 Millionen Deutschen auch Tausende von Flüchtlingen aus Ungarn, Chile, Vietnam, Sri Lanka und Albanien im Lager aufgenommen worden seien.<<

**29.09.1995**

**BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 29. September 1995: >>Ein Unrecht muß gesühnt werden**

Seit Ende vergangenen Monats verklagen Tausende von Griechen vor griechischen Gerichten die Bundesrepublik Deutschland auf Entschädigung. Sie verlangen Wiedergutmachung für den Verlust ihrer Angehörigen und für andere Schäden während der dreieinhalbjährigen deutschen Besetzung Griechenlands im Zweiten Weltkrieg. Es handelt sich um Klagen von Privatpersonen, die von den Präfekten zweier von der Besetzung besonders hart getroffener Provinzen angeregt wurden.

Seit Jahrzehnten verlange auch ich, daß Deutschland seinen aus den Weltkriegen resultierenden Verpflichtungen gegenüber Griechenland nachkommen muß, wenn es tatsächlich gewillt ist, unter dieses traurige Kapitel deutsch-griechischer Vergangenheit einen Schlußstrich zu ziehen.

Die deutsche Seite lehnte bisher die Zahlung von Reparationen mit der Begründung ab, diese Frage sei 1953 bei der Londoner Konferenz auf die Zeit nach dem Abschluß eines noch ausstehenden Friedensvertrages zwischen Deutschland und den Alliierten vertagt worden. Diese Vertagung bezieht sich auf die Zeit nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit dem vereinigten Deutschland.

Nach herrschender Rechtsauffassung entspricht einem solchen Friedensvertrag der von den deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges in Moskau unterzeichnete Einigungsvertrag vom 12. September 1990 (bekannt als Zwei-plus-Vier-Vertrag). Das vereinte Deutschland ist demzufolge seit 1990 verpflichtet, seinen aus dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Verpflichtungen zur Wiedergutmachung nachzukommen.

Bei den Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Griechenland handelt es sich um folgende Summen:

1. Restschulden aus Entschädigungsverpflichtungen aus dem Ersten Weltkrieg in Höhe von achtzig Millionen Mark, in Preisen von 1938.
2. Aufgelaufene Schulden Deutschlands aus dem bilateralen Handel zwischen den beiden Kriegen in Höhe von 523.873.000 US-Dollar, in Preisen von 1938.
3. Reparationsforderungen nach Berechnungen der Pariser Konferenz der Siegermächte von 1946 in Höhe von 7,1 Milliarden US-Dollar, in Preisen von 1938 (Entschädigung für die Beschlagnahme von Privat- und Staatseigentum, Plünderung, Zerstörung).
4. Ansprüche aus einer Zwangsanleihe von 3,5 Milliarden US-Dollar, die der Bank von Griechenland 1942 aufgenötigt wurde, um sowohl die Stationierungskosten für die Besatzungstruppen in Griechenland als auch die Verpflegung des Afrika-Korps von General Rommel zu bestreiten. Experten schätzen die heutige griechische Forderung unter Einbeziehung eines Minimalzinssatzes von drei Prozent auf dreizehn Milliarden US-Dollar.

In diesen Wiedergutmachungsforderungen sind die enormen Verluste unseres Landes an Menschenleben nicht inbegriffen. Bei einer Gesamtbevölkerung von 7 Millionen verlor Griechenland: 70.000 Personen infolge direkter kriegerischer Auseinandersetzungen; 12.000 Zivilisten infolge indirekter kriegerischer Auseinandersetzungen; 38.960 hingerichtete Menschen; 100.000 in Konzentrationslagern ermordete Geiseln (ein großer Teil davon griechische Ju-

den); 600.000 Hungertote.

Die Frage der Reparationen Deutschlands gegenüber Griechenland ist nicht nur eine des Geldes. Sie hat auch eine moralische und eine politische Dimension. So hat Italien seine gesamten aus dem Krieg resultierenden Reparationsverpflichtungen gegenüber Griechenland erfüllt. Auch Bulgarien, das zusammen mit Deutschland und Italien Griechenland von 1941 bis 1944 besetzt hatte, erfüllte alle seine Verpflichtungen, um das Unrecht wiedergutzumachen, das seine Truppen am griechischen Volk begangen hatten. Warum sollte Deutschland von seinen Verpflichtungen befreit werden?

Die griechische Nation hat während des Zweiten Weltkrieges durch die Brutalität der Nazibesatzer die blutigste und erstickendste Sklaverei in den 3.000 Jahren ihrer bewegten Geschichte erlebt. Ich selbst bin fest davon überzeugt, daß das deutsche Volk heute mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun hat. Ich glaube jedoch, daß es sich endlich mit der Frage der deutschen Besetzung Griechenlands und den daraus folgenden Reparationsansprüchen auseinandersetzen muß. Griechenland fordert nur, was ihm zusteht. Unser Volk verlangt keine Revanche. Es wird auch nicht fordern, daß Deutschland seine Verpflichtungen auf einmal einlöst.

Es gibt Möglichkeiten und Wege, Reparationen zu zahlen, ohne die Wirtschaft Deutschlands zu beeinträchtigen: Gewährung von Stipendien an Studenten und junge Wissenschaftler aus Griechenland zum Studium in der Bundesrepublik, wobei die Nachkommen der Opfer der Nazis Vorrang genießen; Transfer von deutschem Know-how; Übernahme der Kosten für die Durchführung von Infrastrukturprojekten deutscher Firmen in Griechenland durch den deutschen Staat; direkte finanzielle Hilfe. Die genauen Modalitäten und einen konkreten Zeitplan könnte ein gemeinsamer Wirtschaftsausschuß ausarbeiten.

Griechenland und Deutschland gehören der Europäischen Union an und arbeiten für das gemeinsame Europa. Das Zustandekommen dieses vereinigten Europas kann nur auf Freundschaft und Vertrauen zwischen beiden Ländern aufgebaut und nur durch die Überwindung offener Probleme aus der gemeinsamen Geschichte erreicht werden.<<

### **September 1995**

**China:** Im September 1995 wird während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking das sogenannte "Gender-Mainstreaming" eingeführt. Es geht damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 13. Oktober 2012) über den Genderismus (x887/...): >>**Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung**

Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote sprechen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.

Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. Der ganze Unsinn dieses Gedankens kommt besonders in der Geschlechtergleichschaltung zum Ausdruck, die nicht etwa eine Geschlechtergleichberechtigung zur Folge hat, sondern die einer Geschlechterzerstörung gleichkommt.

Auch der in diesem Zusammenhang zu nennende Feminismus als Ideologie von der Führungsrolle der Frau erfüllt keine sinnvolle Funktion innerhalb unseres Staatswesens. Er ist fehl am Platze, denn er hat die Frau ihrer vordringlichen Rolle beraubt. Ebenso wie den Mann, der die Familie schützte, ernährte und ihr in bestimmten organisatorischen Aufgaben zur Seite stand. Das alles soll nun beseitigt werden. Der Daseinszweck des Mannes ist völlig in Frage gestellt. Indem man den Mann seiner typischen männlichen Aufgaben beraubt, entmannt man ihn sozi-

al und im weiteren Zuge dann auch wirtschaftlich und politisch. ...

Wie wird nun das Ziel sozialer Entmannung und familiärer Zerstörung erreicht? Mit Niedrigentlohnung zum Beispiel. Lohndumping bei Männern führt zum Zwang der Mitarbeit der Ehefrau ...

Dasselbe Symptom finden wir beim Staat, denn das falsche Denken hat überall seine Entsprechung. Dort herrscht auf Grund weichlich-weiblicher Machtstrukturen - auch wenn diese von Noch-Männern ausgeübt wird, ebenfalls der Hang zum Verkonsumieren und Genießen des Lebens und des dabei irrational ablaufenden Schuldenmachens. Die Bank wird sozusagen zur Übermutter der Gesellschaft. Das führt zu dem bekannten Privatisierungswahn, der auf dem Vertrauen in Bankkredite lebt und der den einstmals männlich und nach männlichen Prinzipien geführten Staat immer weiter schwächt - "Verschlankung" nennt man das.

Der von den führenden Machtgruppen geplante Weltstaat - dies wird immer als "Verschwörungstheorie" abgetan, obwohl es erwiesen ist - führt schließlich in die völlige Abhängigkeit der Geldverleiher, die sich ja schon vorher durch das irrationale, im Grunde verbrecherische Zinssystem zu ihrer jetzigen Macht entwickeln konnten. Man kann eben nicht mit Geld Geld verdienen.

Dies ist eine fundamentale Täuschung der sogenannten Kreditnehmer. Hinter jedem Geldbetrag muß zwingend die Arbeitskraft des Individuums stehen, sonst ist es kein Geld, sondern eine wertlose papierne Versprechung, für die erst noch gearbeitet werden muß.

Fazit: Wer das Männliche zerstört, zerstört letztlich auch das Volk, damit auch die Familie, ebenso die Frau, und führt durch das egoistische Konsumentenverhalten die gesamte Existenz auf diesem Planeten in Dauerkonflikte und damit in den Abgrund. Da nützen auch Gesetze nichts mehr. Das feministische Programm sowie auch die einseitige Intellektualisierung der Menschheit bei fortschreitendem Verlust der natürlichen Emotionen war ein Fehlprogramm. Was eigentlich hätte laufen müssen, wäre Demut vor den Naturgesetzen, bescheidene Lebensführung, echte Religiosität und Gemeinschaftsdenken. Dies alles war bei den sogenannten "Wilden" noch selbstverständlich. ...

Die gesamte Zivilisation hat im Grunde versagt. Der Geist der Aufklärung ist in einem Ungeist des Materialismus zu Ende gegangen. Kultur, das also, was man pflegt, hat seinen Sinn verloren, denn inzwischen werden mehr und mehr kulturzerstörerische Dinge gepflegt. ...

Zusätzlich wurde mit Angst vor der Hölle Geld verdient. Per Ablass kaufte man sich davon frei, heute sind es die Spenden und die Wohltätigkeit derer, die ein schlechtes Gewissen haben. Und man bedient sich eines neuen Angstmechanismus, der Angst vor der "Klimakatastrophe". Ein neuer Ablasshandel ist in Gang gekommen.

Sogenannte Demokratisierung, internetgesteuerte "Revolutionen" und die angeblich notwendige "Globalisierung" zur Erreichung optimaler Profitergebnisse des kapitalistischen Zinssystems sind die Instrumente der Machterhaltung geworden, für die jeder Preis gezahlt wird. Begleitendes Instrumentarium sind die Massenmedien, deren ausgesuchte und aussortierte Inhalte den Völkern das vorgeben, was zur Machterhaltung der bestehenden Systeme nützlich erscheint. Alles andere wird als Störwissen ausgeblendet.

Der zunehmende Verlust der Ethik, die Nichtbeachtung der Zehn Gebote, die sich in der Beliebigkeit von Lebensstilen und Verhaltensweisen zeigen, werden nun mit dem neuen Begriff der "Menschenrechte" getarnt, deren Definition aus neuen linken philosophischen Ideenküchen und Denkfabriken - die Frankfurter Schule läßt grüßen - der um ihr Leben kämpfenden Machtelite stammt. Sozialismus im Mäntelchen des Weltkapitals.

Nicht mehr Weltrevolution per Kommunismus, sondern Weltumerziehung per Medieninformation heißt die Devise. Links gilt also weiterhin als schick und förderungswürdig und wird chimärenhaft mit einer immanenten Friedens- und Wohlstandsversprechung gleichgesetzt. Zurück zu einem neuen, umgefärbten Kommunismus? Wir drehen uns im Kreis, und das Volk

macht auch noch mit.<<

#### **02.10.1995**

**Griechenland:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Oktober 1995 über griechische Schadenersatzforderungen für die deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg: >>Athen will Reparationen

... Bei den ausstehenden Reparationen handelt es sich um zweistellige Milliardenbeträge. Auf der Pariser Konferenz der Siegermächte wurden die griechischen Forderungen 1946 auf 7,5 Milliarden Dollar festgesetzt. Hinzu kommt die Rückzahlung einer vom Deutschen Reich bei der Bank von Griechenland aufgenommenen Zwangsanleihe von umgerechnet 135,8 Millionen Dollar. Welche Beträge sich daraus heute unter Anrechnung von Zinsen und Wechselkursveränderungen ergeben, ist strittig. Genannt werden Beträge zwischen 25 und 70 Milliarden Mark.

Deutschland verweigert bisher Zahlungen unter Berufung auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Damals wurden die Reparationszahlungen auf die Zeit nach Abschluß eines Friedensvertrages vertagt. Diese Position bekräftigte auch Bundeskanzler Helmut Kohl am vergangenen Donnerstag vor dem Europäischen Parlament.

In Griechenland interpretiert man jedoch das 1990 geschlossene "2+4-Abkommen" als Friedensvertrag und mahnt nun die ausstehenden Reparationen an.<<

#### **03.10.1995**

**BRD:** Lennart Meri (1929-2006, von 1992-2001 estnischer Staatspräsident) erklärt am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<

#### **27.10.1995**

**Belgien:** Lettland beantragt am 27. Oktober 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

#### **16.11.1995**

**Tschechien:** Josef Zieleniec (von 1992-1997 tschechischer Minister für auswärtige Angelegenheiten) erklärt am 16. November 1995 während seiner Rede "Tschechen und Deutsche - Nachbarn im sich vereinigenden Europa" (x154/26-27): >>... Es besteht kein Zweifel daran, daß die Ereignisse dieses Jahrhunderts unermessliches Leiden und Unrecht für viele unschuldige Menschen gebracht haben. Ein bewußt Kurzsichtiger wäre derjenige, der nicht zugeben würde; daß es Opfer und Unbill auf beiden Seiten gab.

Wir dürfen aber nie vergessen, daß die bewegten Kapitel unserer Geschichte ihre Ursachen und Folgen haben und daß Einzelheiten aus den gegenseitigen Zusammenhängen nicht herausgerissen werden können. Wir wollen aber zugeben, daß die kollektive Auffassung von Schuld und Vergeltung, egal ob gegründet auf der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse oder zu einem bestimmten Volk, immer auch vielen unschuldigen Menschen Unrecht bringen und nur immer neue Runden des Unbills in Bewegung setzen wird.

Zusammengefaßt: Wir wollen unsere Augen nicht vor der Vergangenheit verdecken, zugleich wollen wir sie aber nicht vor der Vergangenheit verschließen, die Zukunft zu verschatten. Wir wünschen nicht, daß die politischen und rechtlichen Diskussionen über unsere Gegenwart und Zukunft dominieren. Und wir wollen offen sagen, daß wir Schritte, die auf jegliche Weise das politische und rechtliche System des anderen Landes in Frage stellen würden, nicht akzeptieren werden.<<

#### **17.11.1995**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. November 1995: >>SS-Maid Irma Grese galt als Symbol des Bösen

Vor 50 Jahren: Britisches Militärgericht verurteilt elf Belsen-Mörder zum Tode.

Mit elf Todesurteilen und 19 Freiheitsstrafen endete vor 50 Jahren in Lüneburg der erste weltweit beachtete Kriegsverbrecherprozeß in Deutschland. ...

Mehr als 50.000 Häftlinge waren in dem Lager (Bergen-Belsen) gestorben. Trotz dieser bestialischen Bilanz wurden 14 Angeklagte freigesprochen. Nach britischem Recht konnte ihnen keine persönliche Schuld nachgewiesen werden.

Von den Briten in die Turnhalle (dort führte der britische Militärgerichtshof den Prozeß durch) befohlen, verfolgte auch deutsches Publikum den Prozeß. Nach 54 Verhandlungstagen verkündete das Gericht unter Vorsitz von Generalmajor Berney-Ficklin am 16. und 17. November 1945 die Urteile.

Elf SS-Angehörige wurden zum Tode verurteilt, unter ihnen KZ-Kommandant Josef Kramer und die Lagerführerin im Frauenlager, Irma Grese.

Die 22jährige wurde von der internationalen Presse zum Prototyp der rücksichtslosen SS-Maid und zum Symbol des Bösen erklärt. In Brutal-Comics spielt ihr "Typ" bis zur Gegenwart eine Rolle. In einem britischen Gerichtsbericht wurde sie als "aschblond und vollständig arisch" beschrieben. Sie besitze "die grausamsten Augen und den strengsten Mund, den je eine Frau hatte". Bergen-Belsen und "die Grese" wurden zum Inbegriff des Schrecklichen.

Kramer war zuvor Kommandant von Auschwitz-Birkenau. Auch Grese und viele andere Angeklagte kamen von Auschwitz nach Bergen-Belsen. So ging es in Lüneburg fast zwei Jahrzehnte vor dem Auschwitzprozeß von Frankfurt auch um die in Auschwitz verübten Verbrechen. Von Peinigern wie von Gepeinigten erfuhr die Welt erstmals etwas über die Vernichtungsmaschinerie der deutschen Konzentrationslager.

Am 13. Dezember 1945 wurden die Todesurteile am Galgen des Hamelner Zuchthauses vollstreckt. ...

Bergen-Belsen wurde am 15. April 1945 von britischen Soldaten befreit. Doch noch im Befreiungsmonat starben mehr als 18.000 Häftlinge an Entkräftung und Krankheiten. Mehrere Hundert Fälle von Kannibalismus während der Zeit der Gefangenschaft sind überliefert.

Bergen-Belsen ist auch ein Synonym für Mord durch Evakuierung. Je mehr das Deutsche Reich schrumpfte, desto mehr Häftlinge wurden aus anderen Konzentrationslagern in Todeskolonnen in die Lüneburger Heide geschickt. Bergen-Belsen blieb schließlich das letzte Auffanglager für die Insassen nahezu aller deutschen Konzentrationslager.<<

### **20.11.1995**

**Belgien:** Die Europäische Union unterzeichnet am 20. November 1995 ein Assoziierungsabkommen mit Israel und ein Kooperationsabkommen mit Nepal.

### **21.11.1995**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. November 1995: >>**Immer mit dem Strom geschwommen**

Polens neuer Präsident Aleksander Kwasniewski war ein aktiver Kommunist

Die Zukunft interessiert ihn, von der Vergangenheit will er nichts hören. "Wählt die Zukunft" verkündeten seine Wahlkampfplakate, sie zeigten einen eleganten Yuppie mit strahlendem Lächeln, optimistisch, Kompetenz ausstrahlend, mit gesundem Teint aus dem Bräunungsstudio.

Als er noch Parteigenosse war, hieß er "der Junge". Als er Parteichef der gewendeten Kommunisten wurde, die sich nun Sozialdemokraten nennen, galt er als "beliebtester Schwiegersohn" in Polen. Mit Vergangenheitsdebatten, wie sie ihm der bisherige Präsident Lech Walesa aufdrängen wollte, kann sein am Sonntag gewählter Nachfolger Aleksander Kwasniewski nichts anfangen. ...

Kwasniewski machte Karriere im kommunistischen Studentenverband. Sie war ihm wichtiger als der Studienabschluß. Während Polens erste freie Gewerkschaft Solidarnosc gegen die herr-

schende Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) kämpfte, wurde Kwasniewski Chefredakteur, erst einer Studentenzeitschrift, dann der Tageszeitung des kommunistischen Jugendverbandes.

Als General Jaruzelski das Kriegsrecht verhängte und im ganzen Land aufmüpfige Journalisten ihre Jobs verloren oder von allein gingen, behielt Kwasniewski seinen Parteiausweis. Er schrieb keine Lobeshymnen auf den General, kritisierte ihn aber auch nicht.

1985 wurde Kwasniewski Jugendminister in der Regierung Messmer, dann arbeitete er unter Ministerpräsident M. Rakowski. Heimlich pflegte er Kontakte zur linksliberalen Opposition. Bis in die Spitzengremien der Partei gelangte er nicht. Das kam ihm nach der Wende zugute: Als ziemlich unbelasteter Genosse war er der ideale Kompromißkandidat für den Vorsitz der Nachfolgepartei der Kommunisten, der "Sozialdemokratie der Republik Polens".

Aus dem Genossen Kwasniewski wurde Olek, der Kumpel, der es allen recht macht. Mit dem Satz, nennt mich einfach Olek" schaffte Kwasniewski kurzerhand die innerparteiliche Bezeichnung Genosse ab.

Den taktischen Fähigkeiten des Vorsitzenden und seinem Ruf als Reformverdrankte es die neue Partei, daß die einst in der PVAP aktive sozialdemokratische "Graswurzelfraktion" erhalten blieb und in der Parteiführung neben den "Betonköpfen" Platz nahm. Kwasniewski verhinderte einen klaren Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit. Die neue Partei übernahm das Vermögen, den Apparat und den Stallgeruch der alten KP.

Fragt man Kwasniewski heute nach seinen Verdiensten für die Demokratie, kommt die Antwort prompt. Auch er habe als Unterhändler der Staatsmacht am Runden Tisch – am Systemwechsel teilgehabt. Von ihm stammt jener Kompromiß, der erstmals halbfreie Wahlen in Polen ermöglichte.

Am wohlsten fühlt sich Kwasniewski in der Rolle des Vermittlers, der einen eigenen klaren Standpunkt meidet. Immer wieder sorgte er für den Ausgleich in seiner Partei zwischen sozialdemokratischen Puristen und den aus PVAP übernommenen Apparatschiks. Diese sitzen heute zwar im zweiten und dritten Glied, zwangen ihren Kandidaten aber dazu, im Wahlkampf die untergegangene Volksrepublik zu verteidigen.

Aleksander Kwasniewski ist immer mit dem Strom geschwommen. Als dieser in Richtung Demokratie floß, beschloß er, eben eine demokratische Karriere zu machen. Ohne solche Opportunisten freilich wäre der Systemwechsel in Polen wohl nicht so friedlich verlaufen.<<

**28.11.1995**

**Belgien:** Estland beantragt am 28. November 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

**November 1995**

**BRD:** Der tschechische Historiker Rudolf Kucera hält im November 1995 folgenden Vortrag über die "geistig-kulturelle Situation in Ostmitteleuropa 50 Jahre nach Kriegsende" (x154/43-48): >>... Fünf Jahre sind seit der großen politischen Wende in den Staaten Mittel- und Osteuropas, die nach geltender Meinung den Untergang des Kommunismus bedeutete, vergangen. Ein demokratisches politisches System, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, freier Wettbewerb, Handel und vieles mehr sollten entstehen. Nicht zuletzt sollte ein Wandel der Besitzverhältnisse durch die Rückgabe an die wirklichen Eigentümer und durch die Privatisierung der Staatsbetriebe erfolgen.

Einiges davon gelang, doch vieles auch nicht – oder nur zum Schein. Vor allem die wirtschaftlichen Änderungen begünstigten zu einseitig nur gewisse Bevölkerungsschichten. Das führte und führt weiterhin zu manchen Desillusionierungen und Enttäuschungen, die in jedem postkommunistischen Staat in jeweils anderem Ausmaß und mit verschiedener Intensität zu beobachten sind und sichtbar in den Wahlerfolgen der kommunistischen Kräfte Ausdruck finden.

Eine weitere Quelle der Enttäuschungen ist das Fehlen rechtsstaatlicher Verhältnisse zum Schutz des Bürgers, seines Lebens und Eigentums. Es war ein großer Fehler, daß sich der

Staat aus vielen Bereichen zurückgezogen hat, wo er unersetzbar ist und es noch lange sein wird.

Die Wurzel der Probleme findet man oft in der Vergangenheit der einzelnen Staaten und in der Art und Weise, wie mit dieser Vergangenheit umgegangen wird. Generell kann behauptet werden, daß im ehemaligen Osteuropa meist der Trend vorherrscht unter die Vergangenheit einen dicken Schlußstrich zu ziehen, sich mit ihr nicht zu befassen, insbesondere nicht mit den damaligen Verbrechen und Kränkungen.

Die Geschichte läßt sich aber nicht unterdrücken und marginalisieren. Wie es sich etwa die tschechische Regierung wünschen würde. So ist die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Mitteleuropa nur scheinbar eine längst vergangene Geschichte, die mit der Gegenwart kaum noch was zu tun hat. Das wurde auch in diesem Jahr deutlich, als wir das Jubiläum der nationalsozialistischen Niederlage gefeiert und uns zugleich auch der Tragödie der deutschen zivilen Vertriebenen aus Osteuropa erinnert haben.

Auch wenn diese tragischen Ereignisse durch Beschlüsse internationaler Konferenzen, Staatsverträge und Landesgesetze legalisiert wurden, bleiben sie stets etwas, zu dem sowohl die Politiker als auch die Bevölkerung immer wieder zurückkehren, weil sie spüren, daß - die Staatsgrenzen natürlich ausgenommen - vieles ausklammert, offen und ungelöst geblieben ist. Sie spüren, daß erst ein neuer demokratischer Rechtsausgleich mit der Vergangenheit den Staaten Mittel- und Osteuropas das Tor zu einer gemeinsamen europäischen Zukunft öffnen kann.

Wir alle wissen, welche Bedeutung die konsequente Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit für die Zukunft Deutschlands hatte. Ähnliches wartet auf die postkommunistischen Staaten, wenn sie dem vereinten Europa beitreten möchten. 40 Jahre eines totalitären Systems kann man nicht als bloße Episode abtun, ebenso nicht die tragischen Ereignisse am Kriegsende, die unter der Regie Stalins stattfanden und den ersten Schritt zum neuen Totalitarismus bedeuteten.

Ich befürchte sogar, daß das Unrecht in der östlichen Hälfte Europas zu lange fort dauerte, um in absehbarer Zukunft das zur Rückkehr in die demokratische Staatengemeinde notwendige Rechtsbewußtsein voll wiederherstellen zu können. Nach dem nationalsozialistischen folgte schnell das kommunistische Regime, das genauso wenig das persönliche Eigentum und seine Unverletzbarkeit, das Recht auf die Heimat und das Recht, aus der Heimat nicht vertrieben zu werden, so wie all die anderen Menschen- und Bürgerrechte respektierte.

Die Bewältigung der Vergangenheit sollte bestimmte Grundsätze respektieren, von denen ich nur einen erwähnen möchte. Wie auch immer die Vergangenheit politisch und juristisch abgeschlossen wird, es muß immer im Einvernehmen mit den Opfern geschehen, auf keinem Fall hinter ihrem Rücken oder gar auf ihre Kosten. Während die Opfer meist auf das Konto einer verbrecherischen Staatsdoktrin gingen, muß ein wirksamer Ausgleich von der Perspektive der aktuellen europäischen Rechtsnormen und Wertungskriterien ausgehen, sprich der Perspektive Europas als Wertegemeinschaft, die all ihren Bürgern die gleichen Rechte garantiert.

Man könnte annehmen, daß ich zu viel von der Vergangenheit spreche und ihr zu viel Gewicht beimesse. Bei der Betrachtung dessen, was heute um uns herum geschieht, können wir jedoch sehen, daß sich gar vieles aus der Vergangenheit wiederholt, daß die Vergangenheit den Lebenden keine Lehre wurde, sondern vielmehr eine Last, welche die Völkergemeinschaften hinter sich herschleppen.

Auf dem Balkan kämpft man wieder um ethnisch reine Staaten, in der Slowakei läuft nach altem Muster die Unterdrückung von Minderheiten an, in der Tschechischen Republik wachsen wieder Rassismus und Antisemitismus.

Diese aktuellen Geschehnisse hängen eng mit dem zusammen, was ich als Bemühung, die eigene Schuld nicht zugeben zu wollen, bezeichnen würde. Das ist eine alle Nationen des

ehemaligen Sowjetimperiums gemeinsame Eigenschaft. Statt Reue, vor allem für die Verbrechen des Kommunismus, breitet sich überall Xenophobie (Abneigung gegen alles Fremdartige) und nationaler Größenwahn aus, als ob russische oder die deutsche Nation schlechter wären als die tschechische, ungarische, slowakische usw.

Überall tauchen unter dem Mäntelchen wissenschaftlicher Objektivität falsche und moralisch schädliche nationale Mythen auf. Vergangene Verbrechen werden dabei relativiert, normalisiert und auf vielerlei Art und Weise als etwas Notwendiges, Unumgängliches oder gar als Antwort auf die Verbrechen der anderen Seiten gedeutet.

Das Maß der Verbrechen zweier Seiten ist zwar immer ein anderes, dennoch kann man die eigene Schuld, mag sie auch noch so gering sein, nicht übersehen. "Das an uns verübte Böse, kann keine Rechtfertigung des Bösen, das wir verübt haben, sein", schrieb Jan Józef Lipski in seinem berühmten Aufsatz über zweierlei Heimat und zweierlei Patriotismus.

Böses bleibt Böses und verkehrt sich nie zum Guten - diese einfache Wahrheit verstehen viele Menschen in der postkommunistischen Gesellschaft nicht. Gerade deshalb ist der liberale Relativismus so populär, von dem kürzlich der Philosoph Robert Spaemann sagte, er töte den Geist, aus dem sich der Widerstand gegen das totalitäre Regime rekrutierte. Zwar liebe der liberale Relativismus die totalitären Regime nicht, eines wirksamen Widerstandes gegen sie sei er aber auch nicht fähig.

Ein Grund dieses bemerkenswerten Phänomens ist der Verfall des Christentums, die Unfähigkeit, das wahre, von den Jahrzehnten des Kommunismus und seinen geistlosen Pflichtritualen unberührte Christentum zu empfangen und zu erleben. Der Verfall der christlichen Kultur betrifft auch Länder mit einer traditionell starken Kirche wie Polen und die Slowakei.

Auch aus diesem Grund bin ich überzeugt, daß die Erneuerung der postkommunistischen Gesellschaft nicht ohne christliche Wiedergeburt stattfinden kann, daß es nicht ausreicht, Liberalismus, Toleranz und andere Werte der modernen Gesellschaft durchzusetzen, sondern auch das Gefühl und den Sinn für die Grundwerte des Lebens, dessen Schöpfer der Mensch nicht allein ist, vermittelt werden müssen.

Anders gesagt, eine der wichtigsten Aufgaben in den postkommunistischen Gesellschaften ist es, den ungeheuren moralischen Verfall, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens schädigt und deformiert, aufhalten zu helfen. Das Leben ohne Moral wurde genauso wie im Kommunismus zur Norm, die im Hinblick auf das einseitige Bemühen, schnell zum Wohlstand zu kommen, als geeignet und angemessen gilt.

Es ist eine Flucht in eine Zukunft ohne Zukunft. Es ist eine Flucht, die mit dem Bemühen beginnt, einen dicken Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, um dann das bereits Gestohlene erneut zu stehlen. Wirkliche Produktivität, wirkliche schöpferische Kraft sieht man selten. Es überwiegen Spekulation, Geldverschiebung, Kontobewegungen. Es werden keine Grundfesten künftiger Prosperität (Wirtschaftsblüte) gebaut, sondern wacklige Hütten, die jederzeit unerwartet einstürzen können.

Und so möchte ich wiederholen, daß man beginnen sollte, die wichtigsten Forderungen und Schulden zu begleichen und mit den ehemaligen Feinden Frieden zu schließen, vor allem dann, wenn man weiß, daß die einzig mögliche Zukunft eine gemeinsame und von gemeinsamen Interessen bestimmte Zukunft ist. Und hier denke ich vor allem an die deutsch-tschechischen Beziehungen.

Was steht den völlig offensichtlichen Schritten denn im Wege? Welche Interessen sind es, die stärker als alle Vernunftgründe und logische Schlußfolgerungen sind? Um diese Frage zu beantworten, ist es nötig, zu den demokratischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa und gewissen Umständen, unter denen sie stattgefunden haben, zurückzukehren.

Nach meiner Meinung konnte schon deshalb keine Vergangenheitsbewältigung stattfinden, weil es sich im Falle der sog. demokratischen Revolutionen um eine "sanfte" Machtübernah-

me handelte. Darauf waren die ehemaligen Machthaber, zumindest auf der Ebene ihrer Entscheidungsgremien, vorbereitet und tauschten die führenden Positionen in der Politik gegen solche in der Wirtschaft ein.

So schrieb kürzlich der führende tschechische Ökonom Lubomir Mlcoch, die Privatisierung habe bereits vor der sanften Revolution stattgefunden, indem sich die Chefs der Staatsbetriebe nach und nach des öffentlichen Staatseigentums bemächtigten, zwar nicht de jure, aber de facto. Es ging also um scheinbare, auf die Parteienomenklatur gestützte Besitzstrukturen, um nicht juristisch, sondern machtpolitisch sanktionierte Besitzverhältnisse. Sie wurden nach 1989 durch die Privatisierung juristisch bestätigt.

Alle Untersuchungen weisen eindeutig darauf hin, daß sich die meisten neuen Unternehmer, Bankiers und Finanzmakler aus den Reihen früherer Führungskräfte der Wirtschaftssphäre oder der Staatssicherheit z.B. der Gegenspionage rekrutieren. Wenn dies einer der Hauptpunkte der wirtschaftlichen Umstrukturierung ist, so kann man nicht erwarten, daß ihre Protagonisten an der Vergangenheitsbewältigung interessiert sind.

Die aus der Kouponprivatisierung entstandenen Kleinaktionäre werden wortwörtlich gejagt und in die Ecke gedrängt, damit sie ihre Aktien an die großen postkommunistischen Gruppen verkaufen, deren finanzieller Hintergrund völlig im Dunkeln liegt. Hinzu kommt, daß diese Geschäfte ausschließlich in tschechischen Händen bleiben und nach fragwürdigen, löchrigen tschechischen Gesetzen, die in vielerlei Hinsicht von der Gesetzgebung etwa der EU abweichen, geführt werden sollten.

So ist es auch verständlich, daß diese Menschen die größte Gefahr in der Integration ihrer Länder in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens sehen. Auch wenn sie sich dazu verbal bekennen, tun sie alles, um dieses Ziel zu vereiteln. Es geht um ihren Besitz, denn die Integration in die EU würde eine umfangreiche Änderung der Rechtsverhältnisse bedeuten.

Selbstverständlich kann kein Staat in die EU, dessen Rechtssystem Steuerbetrug, Veruntreuung des Staatseigentums, dessen Verkauf und sofortigen Weiterverkauf, ohne dafür einen Pfennig gezahlt zu haben, ungedeckte und uneinbringbare Bankkredite usw. ermöglicht. Dazu kommt die allgegenwärtige Korruption des Staatsapparates. So wurde zum Beispiel in einer zwielichtigen Weinstube der Chef der Privatisierungsbehörde erwischt, als er gerade einen Koffer mit 8 Millionen Kronen übernahm.

Dazu kommt auch die vom Staat ignorierte, groß angelegte Wäsche von Geld, das meist aus dem Osten stammt. Logischerweise brauchen die Akteure eine politische Repräsentation, die der Bevölkerung ein falsches, illusorische Bild eines Landes vorgaukelt, das im Westen ungeheuer positiv eingeschätzt und dessen Eintritt in die EU nur eine Frage einiger Jahre ist.

Schließlich benötigen sie zusätzlich eine geeignete Ideologie, die einerseits keine Vergangenheitsbewältigung zuläßt und andererseits ein eventuelles Scheitern der Integrationsbemühungen rechtfertigen würde. Dafür eignet sich am besten der Nationalismus. Demnach ist keine Vergangenheitsbewältigung möglich, weil dies den Untergang des tschechischen Staates und seine Germanisierung bedeuten würde.

Jene, die sich am meisten am Staatseigentum vergreifen, warnen am lautesten vor seinem Ausverkauf an den Westen. Vor allem dürfe nichts den Deutschen zurückgegeben werden darin herrscht Einigkeit. Daß man darüber hinaus auch großen Teilen der tschechischen Bevölkerung ihr Eigentumsrecht vorenthält (Emigranten, Vereinen, Genossenschaften, Kirchen usw.) ändert daran nichts.

Kann man sich angesichts einer so häufigen und so viele Menschen betreffende Geringschätzung und Nichtanerkennung der Bürgerrechte wundern, daß sich bei uns noch keine bürgerliche Gesellschaft etablierte, daß im Gegenzug eine 'neue Ethik', die durch Mißachtung der durch Generationen geschaffenen Werte charakterisiert wird, an Boden gewinnt?

Die enge Bindung des künftigen Wohlstandes an die Grundfesten des gesellschaftlichen Rechtsbewußtseins bleibt unverstanden, wobei der zweckgebundene, manipulierte Nationalismus den falschen und gefährlichen Eindruck weckt, nationale Interessen stünden über dem Recht.

Zum Abschluß möchte ich mich noch mit dem Phänomen des Nationalismus befassen, der zum Verständnis einer ganzen Reihe von Problemen wichtig ist. Heute können wir von einem neuen Nationalismus in Mittel- und Osteuropa sprechen. Keiner der postkommunistischen Staaten konnte ihm ausweichen, auch wenn sein Ausmaß nicht überall denselben Umfang hat. In manchen Staaten ist der Nationalismus ein blutrünstiger Dämon, in anderen scheint er gemäßigt und lenkbar. Generell ist er die Ideologie, die nach dem Fall des Kommunismus die größten Menschenmassen anzieht. Sie wählen die wichtigsten Repräsentanten des Nationalismus zu ihren Vertretern.

Die Anziehungskraft des Nationalismus ist eng mit der Existenz der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie den Vorstellungen über ihre Bedeutung und ihren Sinn verknüpft. Der Nationalstaat wird nämlich in seiner ethisch reinen Form als das beste Mittel zur Sicherung einer konfliktfreien, stabilen Gesellschaft verstanden. Oft scheint die komplizierte und dramatische Geschichte der Völker und Staaten Mittel- und Osteuropas dieser Auffassung Recht zu geben, dabei vergißt man gerne den Preis, den man für die Entstehung eines solchen Staates zu zahlen hat.

Kein ethisch reiner Staat kam ohne das Töten und das Leiden von Hunderttausenden, wenn nicht gar Millionen zustande. Es ist deshalb so etwas wie ein blutiges Ideal – vor allem in der mitteleuropäischen Region, wo viele Völker und Nationen nebeneinander leben, oft in historisch bedingt komplizierten nachbarschaftlichen und symbiotischen Beziehungen.

Es kam auch zu einer wichtigen Änderung der Funktion des Nationalismus. Im 19. Jahrhundert diente er noch der Bildung nationaler Gemeinschaften. Heute wurde er zum Instrument gewisser machtpolitischer und wirtschaftlicher Schichten, die meist Teile des kommunistischen Establishments waren und nach dem demokratischen Umsturz an der Macht bleiben möchten.

Deswegen werden sie zu den eifrigsten Verteidigern der sog. nationalen Interessen in den Nationalstaaten, was in den meisten Fällen zur Isolation von der übrigen Welt und zu Konflikten mit den Nachbarstaaten führt. Es muß nicht besonders betont werden, daß die Definition der sog. 'nationalen Interessen' beliebig ist und meist davon abhängt, was einem in der jeweiligen Situation gerade paßt.

Hier muß man einen grundsätzlichen Unterschied machen, und zwar zwischen dem Nationalismus und dem Nationalbewußtsein. Nationales Bewußtsein, nationale Identität und Kultur sind in Europa sehr wichtige Werte, die von der Integration nicht berührt werden und es gar nicht sollen, obwohl langfristig auch der Europäismus und das gemeinsame europäische Bewußtsein wachsen müssen. Mit anderen Worten, es ist wichtig, sowohl die nationale Identität zu pflegen, als auch die übernationale Identität zu fördern. Nur aus der Symbiose beider Identitäten kann die friedliche Zukunft Europas entstehen.

Nationales Bewußtsein selbst schließt nicht nur Selbstbewußtsein und Stolz, sondern auch Achtung und Respekt vor den anderen Nationen mit ein. Der Nationalismus dagegen züchtet Mythen vom eigenen Volk, belebt seine Komplexe, erhebt es über andere Völker, führt zu Streitsucht und Aggressivität. Er ist eine nationale Krankheit. Er sprengt den Rahmen der Vernunft und emotionalisiert die Geschichte und die Politik. Seine Konstrukte wachsen aus Emotionen, die wichtigste davon fixiert das Bild des Volksfeindes.

Der Nationalismus denkt in Entweder-Oder-Kategorien, schmiedet einfache kausale (ursächlich zusammenhängende) Ketten, mit dem Ziel, die Schuld zuzuweisen. Er ist nicht fähig, komplexe Ursachen, komplexe kausale Ketten und die unabsehbare Pluralität der Folgen

wahrzunehmen.

In der Politik führt dies zur Unfähigkeit, Kompromisse zu schließen, in Sackgassen, in denen es kaum oder gar keine Auswege gibt. Naturgemäß ist so ein Feind immer ein anderes Volk. In der europäischen Geschichte waren es oft genug die Juden, und in der mitteleuropäischen Region sind sie es bis heute geblieben, obwohl sie hier kaum noch leben. Der tschechische Nationalismus, der gegenwärtig schnell zunimmt, nährt sich aus dem Feindbild des Deutschen. Der Antigermanismus wird politisch stark instrumentalisiert, und zwar sowohl von den Rechten als auch von den Linken. Bestenfalls unterscheidet man noch zwischen einem guten und einem schlechten Deutschen, was seinerzeit auch Klement Gottwald tat.

Dem Nationalismus steht auch eine ganze Reihe von Intellektuellen nahe, vor allem Historiker, die gerne nationale Klischees für objektive wissenschaftliche Erkenntnisse ausgeben, mit Fakten und Rechenbeispielen, mit Lebenden und Toten hantieren. Sie sorgen für den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft im Geiste gewisser Symbole oder Mythen und bilden eine Frontdisziplin bzw. Stimmung, in der die sogenannten nationalen Interessen eine wichtigere Rolle als Rechtsbewußtsein, die bürgerliche Gleichheit oder die Einhaltung von Normen und Werten spielen.

Aus diesem Grund war für uns die Vertreibung der Sudetendeutschen der erste Schritt zur Bolschewisierung des Staates, zum Februarumsturz 1948 und zur Eingliederung in die sowjetische Machtsphäre. Den Nationalismus alter Prägung von Präsident Benes nutzten vor allem die Kommunisten, und zwar sowohl die tschechischen als auch die russischen.

Der Plan Stalins war einfach. Jene slawischen Staaten, die die Deutschen vertrieben haben, werden sich später vor Vergeltung und Revanche fürchten, und als einziger Beschützer bleibt ihnen nur die Sowjetunion. Darauf basierte später die ganze kommunistische Propaganda. Der Plan ging auf, und die Angst blieb bis heute tief verwurzelt. Nachdem die Sowjetunion aufgehört hat zu existieren, und die Kommunisten nicht mehr an der Macht sind, nutzen andere bereits erwähnte Kräfte den Nationalismus.

Ich bin überzeugt, daß jede demokratische Regierung die Pflicht hat, Nationalismus, Antisemitismus sowie andere Erscheinungen nationaler Intoleranz und Feindseligkeit aktiv zu bekämpfen. Damit darf man nicht spielen, denn es ist offensichtlich, daß man sie nicht ewig als nützliches Werkzeug unter Kontrolle halten kann. Immer droht die Gefahr, daß daraus ein Brand wird, der die ganze Gesellschaft vernichtet.

In der Gegenwart besteht der wirksamste Schutz dagegen in der Bemühung um die Eingliederung der mittel- und osteuropäischen Staaten in die gesamteuropäischen politischen und wirtschaftlichen Strukturen. Das würde diese Staaten zwingen, sich zu öffnen, das gültige internationale Recht und die europäischen Grundwerte zu respektieren und vor allem zu begreifen, daß es ohne friedliche Mitarbeit und Kooperation in unserer globalen Welt nichts zu erreichen gibt.

Weil aber die Beitrittsfrage im Augenblick nicht aktuell ist, sollte man mit der Kooperation bei der Bewältigung der gemeinsamen Vergangenheit anfangen. Dabei geht es weniger darum, die eine, absolute Wahrheit, als vielmehr die grundsätzliche Übereinstimmung in ihrer Bewertung zu finden. Denn die Zukunft wird aus unserer Beziehung zur Vergangenheit geboren.<<